VERSUS-Politik

empfiehlt diese Texte aus dem GegenStandpunkt-Verlag:

Lesetipp:

Peter Decker (Hrsg.)

Demokratie

Die perfekte Form bürgerlicher Herrschaft

Wenn Demokraten Bedenken gegenüber der Demokratie äußern, dann bezüglich dessen, ob sie die geeignete Herrschaftsform im Sinne des Erfolgs der Nation ist: Nach außen hat sie die Nützlichkeit fremder Herrschaften für die Nation zu gewährleisten – nach innen die Emanzipation der Politik von ihren wahlberechtigten Bürgern: weswegen Demokraten auch "Umstände" kennen, unter denen sie außer Kraft gesetzt werden muss.

Leserbrief

"Ich möchte entschieden widersprechen, die westlichen Staaten als Demokratie zu bezeichnen."



Ich habe eine kleine Kritik: Ich möchte entschieden widersprechen, die westlichen Staaten als Demokratie zu bezeichnen. Demokratie heißt Volksherrschaft. Bei uns herrscht aber nicht das Volk. Die wirtschaftlich Mächtigen haben nämlich den entscheidenden Einfluss auf politische Entscheidungen. Dies geschieht z.B. über personale Verflechtungen (z.B. Aufsichtsratsposten, Wechsel zwischen wirtschaftlichen und politischen Machtpositionen, Bezahlung von Beamten und Abgeordnete durch Konzerne). Wirtschaftsverbände erarbeiten Gesetze und Argumentationen.

Lesetipp:

Nachwort auf ein aussterbendes "Paradigma"



Demokratie als Argument in der Weltpolitik

Ideologie und Wahrheit: Ein "Exkurs zum richtigen Verständnis der Demokratie" zeigt, dass die demokratische Verfahrensweise eine kapitalistisch- imperialistische Staatsraison unterstellt, es daher durchaus "sachgerecht" war, mit dem Verweis auf die demokratische Herrschaftsform die Feindschaft des Westens gegenüber der SU zu begründen. Mit deren Abdankung kann das alte "Argument" zwar noch seinen Dienst an gemeinsamen Ordnungsansprüchen der Imperialisten gegenüber den Drittwelt- und ehemaligen Ostblockstaaten leisten, sofern aber um die Führung der "einen Welt" konkurriert wird, werden neue "Argumente" vorgestellt: "Weltordnung" und "Frieden" lauten die Ansprüche auf weltweite Unterordnung seitdem.

Lesetipp:

Wahlkampf und Wahlwerbung

Eine Ansammlung von Argumenten gegen das Herzstück der Demokratie



Alle paar Jahre findet das demokratische Hochamt der Bundestagswahl statt. Dieses Jahr ist es wieder so weit: Die Parteien machen sich an die als Wahlkampf bekannte Aufgabe, die Wahlberechtigten zu betören. Mit "Sachthemen", öffentlichen Auftritten und Wahlplakaten präsentieren sie sich als jeweils bessere Führer der Nation. In Konkurrenz gegeneinander bieten sie dem Wähler Gesichtspunkte an, warum er ihnen seine Stimme geben soll – und zwar nach der immer gleichen verkehrten Logik, mit der die Herrschaftsaspiranten die privaten Anliegen ihrer Untergebenen für sich einzunehmen versuchen.

Lesetipp:

Zu den Protestbewegungen "Die Empörten!", "15-M" und "Echte Demokratie jetzt!":



Eure Empörung ist verkehrt – sie lebt von Illusionen über Krise, Demokratie und Marktwirtschaft

Europa spart – am Lebensunterhalt seiner Bürger. Die demokratischen europäischen Regierungen machen das Leben ihrer Völker dafür haftbar, dass ihre Wirtschaft zu wenig wächst und die Kreditwürdigkeit ihrer Nation im Eimer ist. Deswegen haben die verantwortlichen Staatsführer ihren Bürgern ein gewaltiges soziales Abbruchprogramm verordnet.

Lesetipp:

Das Volk: eine furchtbare Abstraktion



Volk: das ist, folgt man der praktisch verbindlichen Festlegung moderner Gesetzgeber, nichts weiter als die Gesamtheit der Bewohner eines Landes, die eine zuständige Staatsmacht zu ihren Angehörigen erklärt. Diese bilden – ungeachtet ihrer natürlichen wie gesellschaftlichen Unterschiede und Gegensätze – ein politisches Kollektiv, indem sie ein und derselben Staatsgewalt untergeordnet sind. Ihre Verpflichtung auf dieselbe Herrschaft und deren Programm ist die gemeinsame Sache, für die sie als Volk einstehen.

Betroffene melden sich zu Wort und protestieren. Dass sie das tun, ist überfällig: Nur wie!

Lesetipp:

Das Grundgesetz – die Satzung des Staates

Das deutsche Grundgesetz ist eine super Sache, da sind sich alle politischen Lager von queer



bis quer einig, wenn sie sich für ihre Anliegen auf es berufen. Dem tut es keinen Abbruch, dass die Allermeisten sich auf Nachfrage hart damit tun würden, mehr über den Inhalt seiner 146 Artikel kundzutun als ausgewählte Kalauer an Grundrechten aus den ersten paar Seiten. Die restlichen 130 Artikel spielen für den guten Ruf des Grundgesetzes offenbar keine Rolle. Kein Wunder, denn spätestens dieser große Rest beweist das glatte Gegenteil dessen, wovon das Lob dieses Schriftstückes lebt: Die Satzung des Staates präsentiert die bis ins Kleinste geregelten Organisationsfragen einer politischen Monopolgewalt, die sich außerdem die Lüge schuldig ist, die das Grundgesetz in seinen ersten Artikeln elaboriert und die ihm seinen unverdienten Ruf einträgt: Das Volk höchstselbst habe sich hier eine Verfassung gegeben und den Staat als Diener am Volkswillen über sich installiert. Dass die Wahrheit eher umgekehrt aussieht, erklärt unser Artikel anhand eines Durchgangs durch die heilige deutsche Schrift.

Lesetipp:

Der bürgerliche Staat

§ 3 Gesetz - Rechtsstaat - Demokratie

Mit der Verfassung genügt der Staat dem Interesse seiner Bürger an den Verkehrsformen der Konkurrenz und verpflichtet sich, alles, was er tut,



in Form von Gesetzen zu vollziehen, deren Inhalt den Grundrechten zur Durchsetzung verhilft. Indem die Repräsentanten des Volkes ihr Handeln mit den Grundrechten legitimieren und es korrigieren, sobald es der Verfassung widerspricht, ist der Staat Rechtsstaat. Als solcher ist er vom Einfluss des privaten Willens auf sein Handeln emanzipiert und lässt seine Gewaltausübung nur noch an der Verfassung messen. Die Demokratie ist insofern die adäquate Verlaufsform des Verhältnisses von Staat und Volk, als sie die Identität des Volkswillens mit der Staatsgewalt abstrakt verwirklicht, also trennt von der Zustimmung der Privatsubjekte zu bestimmten Gesetzen und ihrer Ausführung. Hier ist nicht Zustimmung gefragt, sondern Gehorsam; und für den Fall, dass der ausbleibt, steht nicht der Staat, sondern der Rechtsstaat zur Disposition.

§ 9 Demokratisches Procedere: Wahlen – Parlament – Regierung



Der bürgerliche Staat kann seine ökonomischen Ziele nur dann verwirklichen, wenn sich seine

Bürger bei der Verfolgung ihrer materiellen Interessen innerhalb der Grenzen bewegen, die er ihnen setzt. Er ist darauf angewiesen, dass alle die staatlichen Praktiken als notwendige Funktionen für ihr Interesse anerkennen. Die einen müssen sich zu der schlichten Einsicht bequemen, dass gewisse Einschränkungen ihres Gewinnstrebens unerlässlich sind bei der staatlichen Garantie der produktiven Verwendung ihres Eigentums. Die anderen müssen sich damit abfinden, dass gewisse Einschränkungen ihrer Reproduktion unerlässlich sind für die staatliche Garantie ihrer Lohnarbeit.

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahreszeitschrift

1-24

2 Jahre Ukraine-Krieg: Zwischenbilanz der Macher

Israels Gaza-Krieg und "die Gefahr eines regionalen Flächenbrands"

Ernstfall für die Freundschaft zwischen der regionalen und der globalen Supermacht

Imperialismus deutsch – diesmal als Haushaltsfrage

Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts der EU – für die europäische Zeitenwende

Die AfD im Höhenflug: Wie deutsche Populisten das Volk agitieren

Hunderttausende demonstrieren *gegen* die AfD. *Für* Demokratie. Für welche denn eigentlich?

Der aktuelle GegenStandpunkt ist bestellbar über den **GegenStandpunkt-Verlag**

Web: https://de.gegenstandpunkt.com/ Mail: gegenstandpunkt@t-online.de

Tel. 089-2721604

oder den Buchhandel.

Preise: Print 15 €, E-Book 10 €



oder direkt erhältlich in diesen Buchhandlungen:

Stuttgart: Steinkopf; P&B press+books (Hbf.); Eckert.

Esslingen: ProvinzBuch.

Tübingen + Reutlingen: Osiandersche

Buchhandlung.

Bahnhofsbuchhandlungen Tübingen, Heidelberg,

Druck: Eigendruck im Selbstverlag

Karlsruhe und Mannheim Hbf.